

KONTINUITÄT UND WANDEL IN DEN POLITISCHEN  
ENTWICKLUNGEN MITTELEUROPAS

Seit gut eineinhalb Jahren befaßt sich eine Gruppe von Politologinnen und Politologen an der Universität Aarhus mit dem politischen und sozialen Wandel Ostmitteleuropas in historischer Perspektive. Erste Ergebnisse dieser Untersuchung liegen bereits vor und sollen demnächst auch in englischer Sprache publiziert werden.

Im Herbst 1994 fand nun die erste internationale Tagung der Projektgruppe aus Aarhus im süddänischen Sandbjerg statt. Unter dem Titel „Forward to the Past?“ wurden Kontinuität und Wandel in Österreich, Ungarn, der tschechischen und der slowakischen Republik diskutiert. Ein besonderes Gewicht lag dabei auf der Frage nach dem Einfluß der Vergangenheit der Region auf deren Gegenwart und Zukunft. Diese Frage war von Initiatoren der Tagung durchaus doppeldeutig gemeint: Einerseits spielt sie auf die traditionellen, bisweilen überkommenen Muster an, die das politische und soziale Leben Ostmitteleuropas mitgestalten und Modernisierung nicht selten erschweren, andererseits auf die verbreitete Vorstellung, die postkommunistischen Gesellschaften können aus der vorsozialistischen Geschichte Handlungsanweisungen und Orientierung zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation ablesen. Diese doppelte Perspektive erwies sich in den Diskussionen als äußerst fruchtbar – nicht zuletzt, weil es durch sie hervorragend gelang, die Beiträge, die sich primär mit dem Systemwandel befaßten, mit den mehr an Kultur und Mentalitäten interessierten Referaten zu verbinden.

Curt Sørensen (Aarhus) gab in seinem Vortrag, der die Arbeiterbewegungen und Demokratisierungsprozesse in den skandinavischen Ländern, Österreich und Deutschland seit dem 19. Jahrhundert verglich, methodisch-konzeptionelle Anregungen für eine langfristig angelegte Untersuchung der ostmitteleuropäischen Transformationsprozesse. Am Beispiel Ungarns führte Attila Agh (Budapest) Ansätze zur Analyse des ökonomischen, sozialen und politischen Wandels vor. Ein dritter einleitender Beitrag von George Schöpflin (London) war dem Themenfeld „Nation, Geschichte und Konservatismus im Post-Kommunismus“ gewidmet. Schöpflin charakterisierte die in Ostmitteleuropa wirkenden Geschichtsbilder als traditionell pluralismusfeindlich. Eine ethnisierte, ideologisierte Geschichtsinterpretation, die eine einzige Wahrheit propagiere, so Schöpflin, enge den Diskussions- und Handlungsspielraum einer Gesellschaft gefährlich ein. Zahlreiche Tabus und Denkverbote, die starke Orientierung an Personen und das traditionelle Mißtrauen gegen Institutionen,

wie es in den Geschichtsbildern Ostmitteleuropas verbreitet sei, verhalte sich aggressiv und abwehrend gegenüber der Entstehung demokratischer Gesellschaften.

Mit der Wirkung von Geschichtsbildern und -mythen setzten sich auch die folgenden Beiträge auseinander. Zunächst führte Gerhard Botz (Salzburg) das zeitgenössische Österreichertum als den klassischen Fall einer „konstruierten Identität“ vor. Ebenfalls eine positive, konstruktive Wirkung sprach Jiří Kabele (Prag) den Mythen in ihrer Wirkung auf den tschechischen Reformprozeß zu, die im Umfeld der „sanften Revolution“ entstanden. Daß die Suche nach den positiven Traditionen der eigenen Vergangenheit und das Bemühen um ein möglichst nahtloses Anknüpfen an diese „besseren Zeiten“ gerade im tschechischen Fall oft um den Preis einer Ausblendung unerwünschter Teile der Geschichte geschieht, zeigten die Beiträge von Eva Hahn (München), Peter Bugge (Aarhus) und Christiane Brenner (Berlin). Die Fixierung auf eine für gut befundene Vergangenheit und das Ausbleiben einer umfassenden Geschichtsdiskussion ziehen aber weitreichendere Folgen nach sich als allein die Mythologisierung von Vergangenem. Sie verfestigen alte Konflikte, wie Eva Hahn am Beispiel der tschechischen wie deutschen Diskussion über die Vertriebenenfrage vorführte, und können, so Peter Bugge, den Blick für Demokratisierungschancen verbauen.

Tibor Pichler (Bratislava) sprach vom Wirken der Vergangenheit in der slowakischen Gegenwart als einem vor allem kulturellen Phänomen. Während sich die Institutionen wandelten, seien die Wahrnehmung der Menschen, ihre Muster der Konfliktlösung und sozialen Strategien noch immer dem alten System verhaftet.

Die Beiträge und Diskussionen des dritten Tages waren der ungarischen Entwicklung gewidmet. Einführend skizzierte Lázló Kürti (Budapest) die ungarische Entwicklung seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Auch wenn Kürti bestimmte Phänomene wie eine schwach entwickelte bürgerliche Mittelschicht, einen ausgeprägten Bürokratismus und die Neigung zur Klientelwirtschaft als charakteristisch für alle politischen Systeme, die Ungarn in diesem Jahrhundert beherrschten, bezeichnete, betonte er doch den tiefen Bruch von 1989/90, der nicht nur eine radikale Machtumverteilung, sondern auch starken sozialen Wandel durch die Neuschaffung von Ungleichheit in der Gesellschaft mit sich gebracht habe. Bill Lomax (Nottingham) bezeichnete dann die ungarische politische Elite als das entscheidende Hindernis für eine Demokratisierung des Landes. Während die ungarische Gesellschaft in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen habe, daß sie durchaus über ein entwickeltes Demokratieverständnis verfüge, pflegten die Politiker und allen voran die ungarischen Intellektuellen immer noch das alte Vorurteil, Ungarn sei für die Demokratie nicht reif, demokratisches Bewußtsein gehöre nicht zu den nationalen Traditionen Ungarns. Lene Sørensen (Aarhus) charakterisierte die zögernde politische Partizipation der ungarischen Gesellschaft als Erbstück der autoritären Tradition Ungarns. Am Beispiel von Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in den vergangenen Jahren konnte sie aber eine deutliche Entwicklung hin zur Entstehung moderner Interessenvertretung und Konfliktregelung nachweisen.

Ein abschließender Themenblock galt den internationalen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen des Wandels in Ostmitteleuropa. Hier wurden sehr unterschiedliche Diagnosen gestellt: Während Heinz Gärtner (Salzburg) die Sicherheits-

probleme der Region eindeutig in den Staaten selbst verortete, kritisierte Laszlo Valki (Budapest) das Fehlen eines *grand design* für Ostmitteleuropa. Die überwiegend beobachtende Rolle des Westens fördere, so Valki, nicht eben die Beilegung regionaler Streitigkeiten und führe zu vermeidbaren Verunsicherungen in den postkommunistischen Staaten.

Vielleicht war es die räumliche Distanz zu den ostmitteleuropäischen Ländern, vielleicht die entspannende Wirkung des ländlichen Dänemark, die die Tage in Sandbjerg so angenehm machten. Sicher ist, daß die Konzeption und Vorbereitung dieser Konferenz außerordentlich gelungen waren, und man kann sich nur wünschen, daß die Forschergruppe in Aarhus ihr Projekt auf diese Art fortführen kann und weitere Tagungen folgen werden.